

Gambia: Menschenrechtssituation

Auskunft der SFH-Länderanalyse

Alexandra Geiser

Weyermannsstrasse 10
Postfach 8154
CH-3001 Bern

Für Paketpost:
Weyermannsstrasse 10
CH-3008 Bern

Bern, 13. Juli 2009

T++41 31 370 75 75
F++41 31 370 75 00

info@osar.ch
www.osar.ch

PC-Konto
30-16741-4
Spendenkonto
PC 30-1085-7

Einleitung

Der Anfrage an die SFH-Länderanalyse haben wir die folgenden Fragen entnommen:

1. Wie ist die Menschenrechtslage in Gambia?
2. Wie ist die Situation der UDP in Gambia?
3. Ist es möglich, den Präsidenten Yahya Jammeh zu kritisieren?

Für die Schweizerische Flüchtlingshilfe SFH ist Gambia kein Schwerpunktland.¹ Trotzdem können wir aufgrund von eigenen Recherchen die folgende Auskunft geben.

1 Wie ist die Menschenrechtslage in Gambia?

In den Jahren seit Präsident Yahya Jammeh's Herrschaft kam es zu mindestens sechs Putschversuchen, der letzte im Jahr 2006, worauf mindestens 56 Personen verhaftet wurden. Es kam zu willkürlichen Verhaftungen, Folter und extralegalen Tötungen.² Seither hat sich die Menschenrechtssituation und die Situation der freien Medien verschlechtert, und es herrscht ein allgemeines Klima der Angst vor.³ Willkürliche Verhaftungen haben zugenommen, Sicherheitskräfte misshandeln straflos Oppositionelle, Journalisten und Zivilisten. Häftlinge sind verlängerter Untersuchungshaft, Einzelhaft und unfairen Prozessen ausgesetzt.⁴

Auch im Jahr 2008 nahmen Angehörige des Geheimdienstes (*National Intelligence Agency* NIA), der Armee, der Militärpolizei und der Polizei vermeintliche Regierungsgegner ohne rechtliche Grundlage fest und hielten sie in Haft. Zu den unrechtmässig Inhaftierten zählten Menschenrechtsverteidiger, Journalisten, ehemalige Angehörige von Sicherheitsdiensten und Oppositionsführer. Das Recht auf freie Meinungsäusserung ist beschnitten. Journalisten wurden unrechtmässig verhaftet, mindestens zwei Journalisten mussten aus Gambia flüchten. Staatspräsident Jammeh setzte drei Richter verfassungswidrig ab, berief sie aber später wieder in ihre Ämter.⁵ Die Zivilgesellschaft ist eingeschüchtert.⁶ Anwälte fürchten sich, Fälle von Menschenrechtsverletzung vor Gericht zu bringen, auch Familienangehörige haben Angst, sich zu äussern.⁷

¹ Vgl. SFH, Gambia: www.fluechtlingshilfe.ch/herkunftslaender/africa/gambia.

² Amnesty International, Gambia: Government must stop repression, 11. November 2008: www.unhcr.org/refworld/docid/491d3d51c.html.

³ Amnesty International, Fear Rules, 11. November 2008: www.amnesty.org/en/library/asset/AFR27/003/2008/en/30a2b452-ac16-11dd-82c3-e1668308520f/afr270032008en.pdf.

⁴ U.S. Department of State, Country Reports on Human Rights Practices 2006 – Gambia, 6. März 2007: www.state.gov/g/drl/rls/hrrpt/2006/78736.htm.

⁵ Amnesty International, Gambia, Jahresbericht 2008, Mai 2009: www.amnesty.de/jahresbericht/2009/gambia.

⁶ IRIN, Gambia: 'Witch hunt' shows worsening human rights, 18. März 2009: www.irinnews.org/report.aspx?ReportID=83532.

⁷ Amnesty International, Gambia: Government must stop repression, 11. November 2008: www.amnesty.org/en/for-media/press-releases/gambia-government-must-stop-repression-20081111.

Auch im Bericht des *U.S. Department of State* zur Situation im Jahr 2008 wird darauf hingewiesen, dass sich die Menschenrechtssituation in Gambia nicht verbessert hat. Obwohl die Verfassung in vielen Bereichen die Einhaltung der Menschenrechte vorsieht, werden sie oft nicht respektiert. Die Haftbedingungen sind sehr schlecht, und es kommt zu Todesfällen in den Gefängnissen. Willkürliche Verhaftungen, oft ohne Haftbefehl, sind häufig. Die Sicherheitskräfte drangsalieren und misshandeln Häftlinge, Anhänger der Opposition und Journalisten. Gefangene wurden ohne Anklage *incommunicado* festgehalten, sie hatten keinen Zugang zu Anwälten und Familienangehörigen, wurden gefoltert und erhielten kein faires Verfahren.⁸

2 Wie ist die Situation der UDP in Gambia?

Die *United Democratic Party* (UDP) gilt als die wichtigste Oppositionspartei in Gambia. Sie wurde 1996 vom prominenten Menschenrechtsanwalt Ousainou Darboe gegründet. Bei den Präsidentschaftswahlen 2001 erhielt Darboe 32,7 Prozent der Stimmen. Die Parlamentswahlen im Jahr 2002 boykottierte die UDP wegen Vorwürfen an die Wahlkommission.⁹ Bei den Präsidentschaftswahlen vom 22. September 2006 erhielt Ousainou Darboe rund 27 Prozent der Stimmen.¹⁰ Bei den Parlamentswahlen vom 25. Januar 2007 hat die UDP vier Sitze, die Regierungspartei *Alliance for Patriotic Reorientation and Construction* (APRC) hat 42 Sitze erlangt.¹¹ Die UDP dementierte, am letzten Putschversuch vom 21. März 2006 beteiligt gewesen zu sein.¹²

Gemäss dem *U.S. Department of State* gibt es glaubwürdige Berichte, dass die Regierung Zivilisten aufgrund ihrer Überzeugung oder Verbindung als politische Gefangene festhält. Zahlreiche bleiben für längere Zeit in Einzelhaft. In den Jahren 2006 und 2007 kam es immer wieder zu Verhaftungen von Mitgliedern der Opposition, welche die Regierung öffentlich kritisierten oder eine Meinung kundgaben, die im Widerspruch zur Regierung steht.¹³ Verschiedenen gambischen Zeitungsberichten ist zu entnehmen, dass in den Jahren 2007 und 2008 UDP-Anhänger willkürlich verhaftet wurden.¹⁴

⁸ U.S. Department of State, Country Reports on Human Rights Practices 2008 – Gambia, 25. Februar 2009: www.state.gov/g/drl/rls/hrrpt/2008/af/119003.htm.

⁹ John Harper Publishing: Political Parties of the World, 2005, In: Accord, UDP, 21. August 2007: www.ecoi.net/file_upload/response_de_80557.html.

¹⁰ U.S. Department of State, Background Note: The Gambia, Mai 2007: www.state.gov/r/pa/ei/bgn/5459.htm, In: Accord, UDP, 21. August 2007: www.ecoi.net/file_upload/response_de_80557.html.

¹¹ African Election Database: Elections in The Gambia, 26. Januar 2007: http://africanelections.tripod.com/gm.html#2007_National_Assembly_Election, In: Accord, UDP, 21. August 2007: www.ecoi.net/file_upload/response_de_80557.html.

¹² Accord, UDP, 21. August 2007: www.ecoi.net/file_upload/response_de_80557.html.

¹³ U.S. Department of State, Country Reports on Human Rights Practices 2006 – Gambia, 6. März 2007: www.state.gov/g/drl/rls/hrrpt/2006/78736.htm, U.S. Department of State, Gambia: Country Report on Human Rights Practices 2007, 11. März 2008: www.state.gov/g/drl/rls/hrrpt/2007/100483.htm.

¹⁴ Accord, UDP, 21. August 2007: www.ecoi.net/file_upload/response_de_80557.html. Accord, Opposition (vor allem UDP), 16. Mai 2008: www.ecoi.net/file_upload/response_de_96951.html.

3 Ist es möglich, den Präsidenten zu kritisieren?

Seit seinem Machtantritt im Jahr 1994 hat Yahya Jammeh das Land mit grosser Härte kontrolliert. Kritiker und Oppositionelle wurden gezielt verfolgt. Mindestens 27 Journalisten mussten das Land verlassen.¹⁵ Von *Reporter ohne Grenzen* wird Yahya Jammeh als Feind der freien Presse beschrieben. Seine Palastgarde und Sicherheitsdienste setzen die repressive Politik mit allen Mitteln durch. Die ersten Jahre seiner Herrschaft waren durch ausserordentlich hartes Vorgehen gegen alle, die seine Führung in Frage stellten, gekennzeichnet. Verhaftungen, Bedrohungen und Anschläge sollten die Medien ruhig stellen. Jammeh übernimmt die volle Verantwortung für das Verhalten des Sicherheitsdienstes. Im Jahr 2004 wurde Deyda Hydara, der Herausgeber der Zeitung *The Point*, unter ungeklärten Umständen erschossen. Seither sind die Medienschaffenden eingeschüchtert und üben Selbstzensur.¹⁶ Im Juni 2009 wurden sieben Medienschaffende, die für die Zeitungen *The Point* und *Foroyaa* tätig sind, verhaftet. Sie kritisierten in einer Pressemitteilung die Art und Weise, mit welcher sich der Präsident über den getöteten Journalisten Deyda geäussert hat. In der Pressemitteilung wurde der Präsident auch daran erinnert, dass seit dem Tod von Deyda keine seriöse Strafverfolgung eingeleitet wurde.¹⁷

In den letzten Jahren erhielt der Präsident Yahya Jammeh durch seine willkürlichen und unberechenbaren Aktionen auch internationale Aufmerksamkeit.

Im Jahr 2007 verkündete der Präsident in einer Diplomatenrunde, dass er persönlich mit Hilfe einer geheimen Kräutertinktur, die eingenommen und eingerieben werden soll, innerhalb von drei Tagen HIV/Aids heilen kann. Asthma könne mit dem selben Medikament geheilt werden. Auch der Gesundheitsminister machte Werbung für die vom Präsidenten erfundene Heilmethode. Eine UNO-Mitarbeiterin, die vor der Behandlungsmethode des Präsidenten warnte, wurde «wegen unverantwortlichen Handelns» des Landes verwiesen.¹⁸

Während einer Ansprache im Mai 2008 drohte Präsident Yahya Jammeh, Lesben und Schwule des Landes zu verweisen oder sie umzubringen. Mindestens drei Gambier und zwei Spanier wurden nach der Rede wegen des Verdachts gleichgeschlechtlicher sexueller Handlungen verhaftet. Zu einem späteren Zeitpunkt nahm die Regierung die Aussage des Präsidenten zurück.¹⁹

Zu Beginn des Jahres 2009 wurde die Bevölkerung mit einer neuen Aktion des Präsidenten, der sich mit His Excellency President Professor Dr. Al-Haji Yahya Jammeh

¹⁵ The New York Times, Witch Hunts and Foul Potions Heighten Fear of Leader in Gambia, 21. Mai 2009: www.nytimes.com/2009/05/21/world/africa/21gambia.html.

¹⁶ Reporters without Borders, Predators, Yahya Jammeh – Gambia: www.rsf.org/en-predateur13595-Yahya_Jammeh.html.

¹⁷ Amnesty International, Urgent Action 151/09, 17. Juni 2009: www.amnesty.org/en/library/asset/AFR27/002/2009/en/f4fc4bef-ed5f-4889-abb4-7828f4f31cd9/afr270022009eng.pdf.

¹⁸ BBC, President's HIV cure condemned, 3. Februar 2007: <http://news.bbc.co.uk/2/hi/africa/6323449.stm>; BBC, Gambia's UN envoy is expelled, 23. Februar 2007: <http://news.bbc.co.uk/2/hi/africa/6390319.stm>.

¹⁹ Amnesty International, Gambia, Jahresbericht 2008, Mai 2009: www.amnesty.de/jahresbericht/2009/gambia.

ansprechen lässt, bedroht.²⁰ Hunderte Gambier wurden von Männern in roten Gewändern, begleitet von Regierungsbeamten, aus ihren Dörfern entführt und mit Bussen an geheime Orte gebracht. Dort wurden sie gezwungen, einen Kräutertrank einzunehmen, der zu Halluzinationen und starken Magenschmerzen führte. Viele wurden genötigt zu gestehen, dass sie Hexen und Zauberer seien, und sie wurden geschlagen. Auf diese Weise sollten Hexen und Zauberer, die dem Land schaden würden, ausgemerzt werden. Viele Dorfbewohner flüchteten über die Grenze in den Senegal. Gemäss *Amnesty International* starben mindesten sechs Personen nach dieser «Behandlung».

Gemäss Berichten von Dorfbewohnern wurden die Razzien von den *Green Boys*, der persönlichen Miliz des Präsidenten, geleitet. Die Hexendoktoren wurden kurz nach dem Tod der Tante des Präsidenten aus Guinea nach Gambia geholt; sie sei wegen Hexerei gestorben.

Diese Razzien richteten sich nicht wie sonst gegen kritische Journalisten oder Anhänger der Opposition, sondern vor allem gegen ältere Menschen. Halifah Sallah, ein Oppositionsführer, meinte, dass die Bevölkerung in Panik sei und befürchtet, dass nun alles passieren kann. Die Menschen glaubten nicht mehr an den Schutz durch die Justiz. Halifah Sallah wurde wegen seiner Kritik an der Hexenjagd mehrere Tage inhaftiert, der Aufwiegelung und der Spionage angeklagt und später ohne weitere Bedingungen entlassen.²¹

SFH-Publikationen zu Gambia und anderen Herkunftsländern von Flüchtlingen finden Sie unter www.fluechtlingshilfe.ch/herkunftslaender

Der SFH-Newsletter informiert Sie über aktuelle Publikationen. Anmeldung unter www.fluechtlingshilfe.ch/news/newsletter

²⁰ Vgl.: Amnesty International, hundreds accused of witchcraft persecuted in the Gambia, 18. März 2009: www.amnesty.org/en/news-and-updates/news/hundreds-accused-witchcraft-persecuted-gambia-20090318; The New York Times, Witch Hunts and Foul Potions Heighten Fear of Leader in Gambia, 21. May 2009: www.nytimes.com/2009/05/21/world/africa/21gambia.html; IRIN, Gambia: 'Witch hunt' shows worsening human rights, 18. März 2009: www.irinnews.org/report.aspx?ReportID=83532.

²¹ Amnesty International, Gambia releases opposition leader, 23. März 2009: www.unhcr.org/refworld/docid/49cb32d92c.html.